



Die Projektgruppe „Für soziale Gerechtigkeit: Jetzt aufstehen gegen Hartz IV“ aktiv beim Stricken für den Winter

erstellte Flugblatt „Stricken für den Winter“ ging weg wie warme Semmeln – Herr Sarrazin würde wohl „kalte Schrippen“ fordern! – und musste noch während der Aktion nachkopiert werden.

Nicht nur der Zuspruch war enorm, auch der Gesprächs- und Beratungsbedarf von Betroffenen zeigte, dass der Aufbau der Sozial- und Rechtsberatung der Kölner LINKEN ein Schritt in die richtige Richtung ist. Neben dem Hinweis auf dieses Angebot wurden zentrale Parteiforderungen verdeutlicht. So wurde die Anhebung des Regelsatzes für ALG-II-Empfänger auf 435 € sofort oder die Einführung des Sozialtarifs für Strom und Gas für Geringverdiener propagiert. Die Aktion war eine sinnvolle Ergänzung der Protestformen unabhängiger Gruppen (Zahltag, Agenturschluss u. a.) und zeigt: Die LINKE kommt an. Bei den Menschen.

Zur Diskussion über die Mindestsicherung

Von Michael Scheffer

Auf dem Landesparteitag der nordrhein-westfälischen Linken im Oktober wurde von engagierten SozialpolitikerInnen ein Antrag eingebracht, wie eine „moderne, repressionsfreie bedarfsdeckende Mindestsicherung“ in Zukunft aussehen könnte.

Dieser Antrag, der in Essen nicht mehr debattiert und folglich auch nicht beschlossen wurde, wird seitdem parteiintern intensiv diskutiert. So auch in Köln, wo die örtliche Projektgruppe „Aufstehen gegen Hartz IV“ am 22. Januar zu einer Diskussionsveranstaltung unter dem Motto „Mindestsicherung – Was kommt nach Hartz IV?“ eingeladen hatte.

Diskussion über das NRW-Papier

Mit Carolin Butterwegge vom Landesvorstand NRW und dem ehemaligen Landtagsabgeordneten Daniel Kreuzt waren dankenswerterweise zwei Initiatoren des Antrags auf dem Podium. So nutzten sie die Gelegenheit, dem interessierten Publikum die Entstehung des dem

Antrag zu Grunde liegenden Eckpunktepapiers zu erläutern. Dass dieser Prozess höchst arbeitsintensiv und durchaus diskursiv war, konnte deutlich gemacht werden.

Die Motivation dafür lag in der Notwendigkeit begründet, dieses linke Kernthema endlich entscheidend voranzubringen. Daniel Kreuzt sprach von einer „konzeptionellen Leitidee“, die nur Teil einer gesamtgesellschaftlichen Alternative sei.

Eine Mindestsicherung lässt sich nicht losgelöst von Themen wie der Lohnpolitik, dem Unterhaltsrecht oder der Situation von Asylbewerbern betrachten. Entscheidend sei, die grundgesetzlich garantierte Menschenwürde bzw. deren Wahrung wieder in den Vordergrund zu stellen.

Die Beschränkung auf den Aspekt Mindestsicherung als nur einen Teil einer weit größeren Gemengelage wurde durch Cindy Kolter von der Projektgruppe kritisiert. Am Beispiel „Wohnen“ machte sie klar, dass die Fokussierung auf die

Mindestsicherung diese aus dem Kontext der Gesamtsituation reißt. Sie wies darauf hin, dass die Entwicklung alternativer Strategien mehr Zeit benötige.

Situation von Betroffenen

Cindy Kolter ging auch auf die konkrete Situation der Betroffenen ein, die sie als Sozialberaterin aus der täglichen Praxis naturgemäß besser kennt als ein Großteil der AntragstellerInnen. Darüber hinaus ist sie in der Erwerbslosen-Bewegung aktiv, in der auch der vierte Redner, Martin Behrsing vom Erwerbslosen-Forum Bonn, mitwirkt.

Auch er kritisierte, dass die Vertreter der Initiativen nicht ausreichend in den Prozess der Antragsstellung einbezogen worden und die entsprechenden Diskussionen längst nicht abgeschlossen seien.

Behrsing rechnete vor, dass die angedachten Beträge (Beispiel Regelleistung 435,- Euro/Monat) bei weitem nicht ausreichend seien. Er plädierte für eine Stärkung der So-

zialversicherung und eine Abkehr von der tradierten Gewerkschaftsorientierung.

Als ein expliziter Kenner der Materie empfahl er sich spätestens, als er spezielle Termini aus der Sozialgesetzgebung erläuterte (Pfändungsfreibetrag, Schonvermögen, Angemessenheit der KdU etc.). Allerdings räumte er auch ein, dass die Linke z. Zt. weit davon entfernt sei, eine staatstragende Partei zu werden.

Die Diskrepanz zwischen realistischen Forderungen und gerechtfertigten Utopien kennzeichnete denn auch den weiteren Verlauf des Abends. Unter reger Beteiligung des Publikums entwickelte sich eine lebhaft Diskussionsrunde, in der wichtige Punkte wie das Entsendegesetz, die Inflationsanpassung, die Kindergeldanrechnung, die Bilanzen der BA oder die Rolle der

paritätischen Wohlfahrtsverbände leider nur tangiert werden konnten. Es wurde betont, dass man der Mehrheit der erwerbstätig Beschäftigten vermitteln müsse, dass die Ausgabe öffentlicher Mittel für Sozialleistungen sinnvoll sei.

Zum Begriff der Arbeit

Auch das sog. „Lohnabstandsgebot“ wurde thematisiert. Es wurde aber auch klar, dass man den Begriff „Arbeit“ zukünftig anders zu definieren habe, denn viele aktuell „Arbeitslose“ leisten in der Tat Beträchtliches.

Dass Visionen und Visionäre ihren Platz in der Linken haben, trat deutlich zu Tage. Dafür spricht auch, dass viele Anwesende ihre Sympathie für ein – wie auch immer geartetes – Grundeinkommen betonten.

Dass die Option auf ein allgemeines Bürgergeld vielen Leuten in der Partei am Herzen liegt, ist eine der zentralen Aussagen dieser Podiumsdiskussion neben der Erkenntnis, dass der Komplex „Arbeit und Soziales“ derart umfangreich ist, dass man ihm ohne adäquate Einbeziehung von Erziehung, Bildung, Gesundheit, Wohnen, Ökonomie usw. nicht gerecht wird.

Man kann diagnostizieren, dass die Gemeinsamkeiten der Diskussionsteilnehmer doch größer sind, als vielleicht im Vorfeld vermutet.

Obschon es mitunter nur Details sind, die trennen, macht die Komplexität des Themas einen Konsens doch enorm schwierig.

Podium auf der Veranstaltung zum Thema „Mindestsicherung“ der PG „Für soziale Gerechtigkeit: Jetzt aufstehen gegen Hartz IV“ am 22.01.09, v.r.n.l.: Carolin Butterwegge, Daniel Kreutz (beide Mitverfasser des NRW-Papiers), Peter Löwisch (Moderator), Cindy Kolter (PG-Mitkoordinatorin), Martin Behrsing (Erwerbslosenforum Bonn)

